

Millenniumsziele der Vereinten Nationen

Trotz jahrzehntelanger Entwicklungspolitik hat sich das Ausmaß weltweiter Armut bestenfalls sehr bedingt vermindert. Die Zahl absolut armer Menschen hat zwar prozentual (bezogen auf die Weltbevölkerung) abgenommen, ihre absolute Zahl hat sich aber kaum verändert. Alle internationalen Berichte gehen davon aus, daß noch immer weit über eine Milliarde Menschen, gut 20 Prozent der Weltbevölkerung, in unvertretbarer Armut lebt und mit weniger als einem US-Dollar (0,80 Euro) pro Tag auskommen muß. Dies hat zur Folge, daß die betroffenen Menschen ihre fundamentalen Grundbedürfnisse nicht oder nur unzureichend befriedigen können. Sie leiden unter Hunger, Unterernährung und Krankheit, leben in Elendsiedlungen und haben keine oder nur schlecht entlohnte Arbeit. Armut und sozialer Ausschluß bedeuten meist auch Mangel an nicht-materiellen Gütern wie Bildung, politischer Partizipation und kultureller Freiheit.

Höchst umstritten ist, ob und inwieweit der Prozeß der Globalisierung die weltweite Einkommenskluft vergrößert und die Armen noch ärmer macht. Viele Menschen sind dieser Meinung. Neuere empirische Studien kommen zu einem differenzierteren Ergebnis. Die positive Nachricht lautet: Die globale Ungleichheit hat seit den 1970er und besonders den 1990er Jahren abgenommen, allerdings hat gleichzeitig die Ungleichheit innerhalb einer Reihe von Ländern zugenommen. Die schlechte Nachricht heißt: Der Anteil der ärmsten 20 Prozent der Weltbevölkerung am Welteinkommen ist gesunken und ihre Notlage hat sich zum Teil sogar verschärft. Dies bestätigt die These, daß die Globalisierung – jedenfalls unter Einkommensrücksicht – einerseits zwar viele Gewinner hat, andererseits aber ausgerechnet die Ärmsten zu Verlierern macht. Ein wesentlicher Grund dafür dürfte darin liegen, daß die innere Dynamik der Globalisierung zumindest tendenziell zum wachsenden Ausschluß schwächerer und weniger leistungsfähiger Menschen, Gruppen und Regionen weltweit führt.

Angeichts dieser und ähnlicher Tatsachen haben sich die Vereinten Nationen beim Millenniumsgipfel im Jahr 2000 zur „Halbierung von Armut und Hunger“ bis zum Jahr 2015 verpflichtet (bezogen auf 1990). Sie haben dazu einen Katalog von sogenannten Millenniumsentwicklungszielen (Millennium Development Goals) erstellt, der acht klare Ziele mit detaillierten Vorgaben umfaßt, die meßbar und damit überprüfbar sind. Sie beziehen sich vor allem auf Bildung und Gesundheit (z. B. Reduzierung der Kindersterblichkeitsrate um zwei Drittel) und betonen dabei die Gleichstellung der Geschlechter. Sie umfassen aber auch entwicklungsförderliche Rahmenbedingungen wie Schuldennachlaß und Zugang der Entwicklungsländer zu den Märkten der Industrieländer. Angestrebt ist der „Aufbau einer weltweiten Ent-

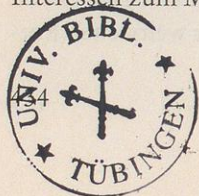
wicklungspartnerschaft“, die zumindest eine Verdoppelung der Entwicklungshilfe von derzeit 68 auf 135 Milliarden Dollar verlangt.

Mittlerweile sind die ersten fünf Jahre auf diesem Weg vorbei, und auf einem UN-Gipfel im September soll eine erste Zwischenbilanz gezogen werden. Zahlreiche Berichte von UN-Organisationen bis hin zu zivilgesellschaftlichen Gruppen kommen zu einem insgesamt enttäuschenden Ergebnis: Es gibt zwar eine ganze Reihe von erfreulichen Fortschritten, gleichzeitig wächst aber die Sorge, daß die Ziele bei weitem nicht erreicht werden. Während Asien weitgehend auf Kurs liegt, kommt besonders Afrika südlich der Sahara kaum voran. Die Gründe dafür sind vielfältig, zum Beispiel interne Konflikte oder eine schlechte Regierungsführung. Ebenso zu beklagen ist jedoch die fehlende Bereitschaft der meisten reichen Länder, die nötigen Mittel aufzubringen und notwendige Reformen einzuleiten, weil es mächtige Kräfte (und Ideologien) sowie Interessengruppen gibt, die ganz andere Prioritätenlisten haben. Dies zeigen die Haushalte dieser Länder, allen voran der Vereinigten Staaten, die ein Vielfaches an Geld für Sicherheitspolitik und den Kampf gegen den Terrorismus aufbringen.

Noch besteht Hoffnung, daß die angestrebten Ziele erreicht werden können. Der G-8-Gipfel im Juli in Schottland, der UN-Gipfel im September in New York, die Herbsttagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank und nicht zuletzt die laufenden Verhandlungen in der Welthandelsorganisation bieten vielleicht die letzte Chance, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Man kann daher nur begrüßen, daß eine Vielzahl von Gruppen der Zivilgesellschaft, nicht zuletzt die Hilfswerke und andere Gruppen der Kirchen, durch Kampagnen sich für die Anliegen der Ärmsten einsetzen und die Regierungen der reichen Länder an ihre Verantwortung und ihre Versprechen zu erinnern versuchen.

Dies allein reicht jedoch nicht. Die Zielvorgabe Halbierung der Armut ist ohne Zweifel zu begrüßen, aber sie impliziert, daß man auch im Jahr 2015 eine Zahl von etwa 500 Millionen Menschen in extremer Armut in Kauf nimmt. Dies mag politisch realistisch sein, ist aber angesichts wachsenden Wohlstands in der Welt gleichwohl beschämend. Will man die Armut wirklich beseitigen, dann muß auch der Zusammenhang zwischen Reichtum und Armut thematisiert werden, der sehr viel komplexer ist, als es eine einseitig ökonomische Sichtweise wahrhaben will. Dies wird unvermeidlich zu harten Konflikten führen. Wenn zum Beispiel eine Landreform zugunsten ländlicher Armer durchgeführt oder Agrarsubventionen der Industrieländer abgebaut werden sollen, dann werden sich dagegen mächtige Interessengruppen wehren. Umgekehrt werden die Armen immer schwach und abhängig bleiben, wenn sie nicht Zugang zu produktiven Ressourcen und faire Marktchancen haben. Umso wichtiger ist es, daß die Politik überall auf der Welt wieder mehr ihre Grundaufgabe wahrnimmt, nämlich das Gemeinwohl und nicht irgendwelche partikuläre Interessen zum Maßstab ihres Handelns zu machen.

Johannes Müller SJ



glr 2449 - 223,2